Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5705

07. 10. 96

Antrag

der Abgeordneten Klaus Francke (Hamburg), Karl Lamers und der Fraktion der CDU/CSU, der Abgeordneten Dr. Eberhard Brecht, Freimut Duve und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Dr. Irmgard Schwaetzer und der Fraktion der F.D.P.

Lage der Kosovo-Albaner

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Stabilität der gesamten Region von einer dauerhaften Lösung des Kosovo-Problems abhängt. Er bringt seinen Respekt für die friedfertige Haltung der Kosovo-Albaner angesichts der Verletzungen ihrer Menschenrechte durch die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien und die Regierung der Republik Serbien zum Ausdruck.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Unterzeichnung der Vereinbarung über das Erziehungswesen im Kosovo. Die unter Vermittlung der Gemeinschaft San Egidio geführten Gespräche zwischen der serbischen Führung und der Führung der Kosovo-Albaner stellen einen wichtigen ersten Schritt zu einem zukünftigen Dialog über den Status des Kosovo dar. Weitere Fortschritte in dieser Frage sind unabdingbare Voraussetzung für eine vollständige Eingliederung der Bundesrepublik Jugoslawien in die Staatengemeinschaft.

Der Deutsche Bundestag begrüßt ebenfalls die Einigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesrepublik Jugoslawien über ein Rückführungsabkommen. Der Deutsche Bundestag geht von einer baldigen Unterzeichnung und einer raschen Umsetzung des Abkommens in der Praxis aus.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, über die Gewährung von Aufbauhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien sowie über die deutsche Unterstützung für eine Eingliederung der Bundesrepublik Jugoslawien in die Staatengemeinschaft einschließlich ihrer Annäherung an die Europäische Union im Lichte der Erfüllung folgender Forderungen zu entscheiden:

- Respektierung der Menschen- und Minderheitenrechte in der Bundesrepublik Jugoslawien;
- Wiederzulassung der Langzeitmission der OSZE und Zustimmung zur Eröffnung einer Vertretung der Europäischen Union im Kosovo;
- Programme der Bundesrepublik Jugoslawien zur Integration der aus dem Kosovo Stammenden und aus Deutschland in ihre Heimat Zurückkehrenden sowie die Garantie der Umsetzung

des am 18. Juni 1996 beschlossenen Amnestiegesetzes für Wehrdienstverweigerer und Deserteure;

- weitere Verhandlungen zwischen Vertretern der Bundesrepublik Jugoslawien, der Republik Serbien und selbstgewählten Vertretern der Kosovo-Albaner unter Vermittlung einer dritten Seite mit dem Ziel der Wahrung der politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte der albanischen Bevölkerung auf der Grundlage eines speziellen Status innerhalb der bestehenden Grenzen der Bundesrepublik Jugoslawien,
- angemessene Berücksichtigung des Kosovo bei wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Bonn, den 7. Oktober 1996

Klaus Francke (Hamburg)
Karl Lamers
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Eberhard Brecht
Freimut Duve
Rudolf Scharping und Fraktion

Ulrich Irmer
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333